



Antrag

der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt – gegen politische Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag ist entsetzt über die kriminellen Vorgänge in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof, in Hamburg und anderen Städten und drückt allen Opfern sein Mitgefühl aus.

1. Sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist ein schwerer Eingriff in die Grundrechte. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verurteilt Gewalt in jeder Form – auch bei sexualisierter Gewalt gilt null Toleranz.

Die Taten müssen schnellstmöglich aufgeklärt und die Täter konsequent bestraft werden. Die Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass nichts verharmlost wird und es volle Transparenz über die Umstände und den Tathergang gibt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass es zunehmend Menschen gibt, die Ängste und Befürchtungen äußern, Opfer sexueller Gewalt im öffentlichen Raum zu werden und sich in ihrer persönlichen Freiheit dadurch stark beeinträchtigt sehen. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, Sicherheitskonzepte auch in Schleswig-Holstein zu überprüfen und dem Landtag darüber zu berichten. Dabei gilt es zu berücksichtigen, welche Konzepte die Polizei in Schleswig-Holstein gegen sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum hat und ob diese vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht überprüft und verbessert werden müssen.

2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wendet sich gegen jede Vorverurteilung oder einen Generalverdacht gegen einzelne Bevölkerungsgruppen. In unserem Rechtsstaat ist jeder vor dem Gesetz gleich. Und deshalb gilt: Straftaten werden – ohne Ansehen der Person – verfolgt und bestraft.

3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wendet sich gegen eine politische Instrumentalisierung der Straftaten aus der Silvesternacht in Köln. Die Versuche, insbesondere von rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Gruppierungen und Parteien, sich die Gewalttaten von Köln zunutze zu machen, Flüchtlinge pauschal zu diskreditieren und unter Generalverdacht zu stellen, weist der Landtag zurück. Unsere Solidarität gilt all denen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend in Deutschland Schutz suchen und nicht verdient haben, in Misskredit gebracht zu werden. Unsere Solidarität gilt nicht den wenigen, die in Deutschland Straftaten begehen und dafür genau so zur Verantwortung gezogen werden wie deutsche Bürgerinnen und Bürger auch. Das bedeutet auch, dass bei rechtskräftig verurteilten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern von bestehenden Rückführungsmöglichkeiten konsequent Gebrauch gemacht wird.

Rechtspopulisten wollen die Vorgänge politische instrumentalisieren, um die die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Rechtsstaates in Zweifel zu ziehen. Das lassen wir nicht zu. Der Landtag bekräftigt die Verantwortung der demokratischen Parteien, diese Handlungsfähigkeit unseres Staates auch weiterhin zu sichern. Dies gilt sowohl was die große Aufgabe von Bildung und Integration betrifft als auch mit Blick darauf, die Bevölkerung wirksam vor Kriminalität zu schützen.

Dr. Ralf Stegner
und Fraktion

Eka von Kalben
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW